

# Armee XXI – für wen? Wozu?

Wenn wir am 18. Mai über das neue Militärgesetz (Armee XXI) abstimmen, sollten wir bedenken:

Die mächtigste Militärmacht der Welt hat im Verbund mit weiteren Nato-Staaten demonstriert, dass sie das «Recht» des Stärkeren erzwingt – gegen das Völkerrecht, gegen den Willen der Zivilbevölkerung in aller Welt. Angeblich soll den Menschen damit Freiheit und Demokratie gebracht werden.

Denken wir an all die anderen Regionen der Welt, in denen solche «Befreiungen» durchgesetzt wurden: Solange das Selbstbestimmungsrecht der Völker missachtet wird und die Völker nicht über ihre eigenen Bodenschätze verfügen können, solange in all diesen Ländern Marionetten-Regierungen installiert werden, die den Interessen der einzigen Weltmacht oder ihrer Plutokratie dienen, solange die dort lebenden Menschen ihre Geschicke nicht selber bestimmen können – solange wird es keinen wahren Frieden, keine wirkliche Entwicklung für die Menschen, keine Freiheit und Gerech-



tigkeit geben. Frieden kann nicht herbeigebombt, Demokratie nicht für die Kapital- und Machtinteressen anderer von oben aufgezungen werden und der Respekt vor Recht und Menschenrechten entsteht nicht durch die Missachtung von Völkerrecht.

Und der «Wiederaufbau» – Wem wird er dienen? Eine junge Frau aus der Balkanregion meinte dazu bitter: «Ja, nach dem Krieg kommt der Wiederaufbau, und dann gehört ihnen alles und uns gehört nichts mehr!»

## Das wahre Gesicht der neuen NATO-Doktrin

Hier zeigt sich das wahre Gesicht der neuen NATO-Doktrin von 1999, in der viel von Werten und Demokratie die Rede ist, – nur um damit zu beschönigen, dass sich das Bündnis damit, auf Wunsch der USA, selbst das Recht gab, auch ausserhalb des

Bündnisgebietes militärisch einzugreifen und anzugreifen – auch wenn kein NATO-Land angegriffen wurde. Die NATO wurde damit zu einem Angriffsbündnis, das sich herausnimmt, die eigene «neue Weltordnung» durchzusetzen.

## Armee XXI – eine NATO-Kopie

Ginge es nach dem Willen der Armeepaner, so sollte unsere Armee einen völlig neuen Sinn erhalten: An die Stelle der reinen Verteidigungsarmee eines neutralen Landes soll sie zu einer «Kooperationsarmee» und schliesslich «zur Integrationsarmee mit konsequenter Beteiligung an internationalen Einsätzen» werden. (René Eggenberger, Oberst i Gst, Chef Prospektivplanung der Armee) Dazu soll die ganze Armee «revolutionär» umgestaltet und «interoperabel» werden. Das heisst, die Armeeinghörigen sollen so ausgebildet werden, die Organisationsstruktur der Armee und die technischen Möglichkeiten der Armee sollen so geändert werden, dass sie

reibungslos und schnell mit anderen Armeen, konkret mit der Nato, kooperieren könnten. Vergleicht man die Dokumente zur Armee XXI beispielsweise mit der neuen NATO-Doktrin, so stellt

«Die Armee XXI wird ausschliesslich auf einen NATO-Beitritt ausgerichtet. Die Militärsprache wird nur noch Englisch sein.»  
Divisionär Urban Siegenthaler, Projektleiter Armee XXI,  
in einem Referat am 22.9.2000

man fest, dass die ganze Armeepanung eine reine Kopie von Nato-Konzepten darstellt. Die sogenannte «Sicherheit durch Kooperation», wie das neue Schlagwort für die Schweizer Armee heisst, bedeutet nichts anderes als eine Anpassung an die NATO.

## Grundsatzfragen für die Schweiz

Für die Schweiz stellt sich hier die Frage: Mit welchen Mitteln wollen wir zum Frieden in der Welt, zur Demokratie, zur Respektierung der Menschenrechte, zu einer gerechten Entwicklung für alle Menschen beitragen? Um solche Grundsatzfragen wird es am 18. Mai gehen. Die Armee eines Landes ist nicht nur eine Frage der technischen Ausrüstung, der Finanzierung oder der Grösse. Zuallererst geht es darum, wem und wozu unsere Armee dienen soll. Die in der ganzen Bevölkerung verankerte Schweizer Milizarmee ist Teil unseres Staatsmodells: Dem föderalistischen Zusammenleben

unterschiedlicher Sprachen, Religionen und Kulturen entspricht der grundsätzliche Verzicht auf Machtpolitik, der durch die Neutralität garantiert wird. Die Armee ist daher ausschliesslich für den Schutz der Bevölkerung und zur Verteidigung des Landes im Notfall vorgesehen. Diese Politik des Gewaltverzichtes und der Ächtung des Angriffskrieges ermöglicht uns, in den Krisengebieten jene Vermittlerrolle einzunehmen, die unspektakulär, aber glaubwürdig an den Verhandlungstisch rufen und eine zivilisierte Form der Konfliktlösung einfordern kann.

## Bereits erfolgte Schritte der NATO-Anpassung

Der Bundesrat hat hinter unserem Rücken bereits verschiedene Verträge mit der NATO unterzeichnet:

1996 hat BR Cotti das Rahmendokument für die **Partnerschaft für den Frieden (PfP)** unterzeichnet. PfP ist eine Initiative der NATO.

Sie ermöglicht den Partnerländern, sich der NATO anzunähern, ohne dass sie

gleich Vollmitglied werden müssen.

Wohl ist sie «freiwillig» – die

NATO zwingt uns nicht zur

Anpassung. Aber die Freiwilligkeit

erlaubt es den

Regierungen, auch dem Bundesrat, ihre Armeen ohne offiziellen NATO-Beitritt NATO-tauglich zu machen und die

Armee ganz auf NATO-Standards umzubauen. Und: Alle PfP-Einsätze unterstehen NATO-Kommando.

1997 wurde die Schweiz auch Mitglied im **Euro-Atlantischen Partnerschaftsrat (EAPC)**, wo, wiederum unter Federführung der NATO, die Länder auf Ministerebene ihre Politik halbjährlich aufeinander abstimmen.

1998 schliesslich beschloss der Bundesrat die Teilnahme am **Planning and Review Process (PARP)** der NATO. Bei diesem

Planungs- und Überprüfungsprozess

werden mit

der NATO sog.

Partnerschaftsziele

vereinbart. Diese

Partnerschaftsziele

sind «mit den Force

«Im für die Schweiz relevanten strategischen Umfeld, dem Euroatlantischen Sicherheitsraum, kann Interoperabilität nur auf die NATO ausgerichtet sein.»<sup>2</sup>

Aus: Schweizer Armee. Generalstab. Grundlagen der militärstrategischen Doktrin, Feb. 2000

«Die Schweiz muss sich spezialisieren und näher an die NATO ranrücken. Es macht heute keinen Sinn mehr, neutral zu sein.»

René Eggenberger, Oberst i Gst, Chef Prospektivplanung der Armee

Goals (Streitkräftezielen) der NATO identisch». (Igor Perrig, Chef Sektion PfP im VBS) In jährlichen Abkommen wird festgehalten, welche Bereiche der Schweizer Armee NATO-tauglich umgerüstet oder ausgebildet werden.

Das englische Original dieser Vereinbarungen wird Volk und Parlament vorenthalten. Es umfasst weit mehr, als die 4 Seiten in deutsch, die jetzt im Internet veröffentlicht wurden.

Die Schweizer Armee wird so schleichend umgebaut. Vieles, was tatsächlich der Schweiz und ihrer Bevölkerung dienen würde, wird abgebaut: Die Territorialtruppen, Rettungsbataillone, die Flughafenregimenter. Statt dessen werden für die Schweiz unnötige Dinge ausgebaut. Eine so umgebaute Armee könnte überhaupt nur noch im Verbund mit anderen NATO-Armeen funktionieren und würde zum reinen Handlanger-Modul eines militärischen Bündnisses.

### US-Militärbefehle zum Irak-Krieg via Parabolantennen in Leuk (Wallis)?

„Bringen Sie die Kriegs-Relais zum Schweigen“, fordern Ko-präsidenten des Vereins „Autorinnen und Autoren der Schweiz“ (AdS) von Bundespräsident Couchepin.

Die «Partnerschaft für den Frieden» erweist sich in Wirklichkeit als Kollaboration mit der Politik des Stärkeren und Anbiederung an das Faustrecht auf internationaler Ebene. Diese Einbindung in einen Machtblock und damit die Anbindung an eine Supermacht, die nur ihre wirtschaftlichen und geostrategischen Interessen verfolgt, raubt uns die besten Grundlagen friedenspolitischer Aktivität. Denn: Kein Land ausserhalb der NATO und der NATO-PfP könnte die Schweiz noch als neutral betrachten. Wollen wir das wirklich? **Sollte es nicht gerade heute wenigstens einen Flecken auf der Erde geben, der ausschliesslich dem Frieden dient?**

## Und der Zivilschutz? Mit dem neuen Gesetz: zentralisiert und nicht mehr solidarisch

Dieselbe Planung und Zielsetzung liegt dem künftigen Bevölkerungsschutz zugrunde. Der Zivilschutz soll mit einem Minimalbestand an Personen, Material und Organisation den professionellen Einrichtungen (Polizei, Feuerwehr und Gesundheitswesen) angehängt werden. Der bisherige dezentrale und breit in der ganzen Bevölkerung verankerte Aufbau würde durch eine zentralistische Führungsstruktur ersetzt. Ausgerichtet wird er auf kleinere, regionale Einzelereignisse im Bereich von natur- und zivilisationsbedingten Katastrophen. Für den Kriegsfall glaubt man an eine Vorwarnzeit von mehreren Jahren: Dann will

man die jetzt abgeschafften oder eingefrorenen Mittel wieder aufbauen können. Durch den geplanten Abbau würde die Bevölkerung der Schweiz weder für grössere Naturkatastrophen noch für Epidemien und überregionale Notlagen, geschweige denn für kriegerische Ereignisse ausreichend geschützt sein. Der Bund will sich weitgehend aus der finanziellen Verantwortung ziehen. Kantone und Gemeinden müssen im Ernstfall all die Hilfe, die dann gebraucht wird, bei privaten Firmen einkaufen. Es werden also auch hier nicht die Interessen der Zivilbevölkerung im Vordergrund stehen.

**Es geht am 18. Mai um eine politische Weichenstellung für die Zukunft der ganzen Schweiz und ihre Stellung in der Welt!**

**Ziehen wir die Notbremse!**

**NEIN zu Armee XXI!**

**NEIN zum Bevölkerungsschutz XXI!**

Weitere Informationen, Quellen, Beiträge, Stellungnahmen unter:

[www.buergergesprach.ch](http://www.buergergesprach.ch)

Eidgenössisches Komitee für eine direkt-demokratische, neutrale und souveräne Schweiz  
Postfach 2959 – 8033 Zürich – Telefon 01 350 72 75 –  
Fax 01 350 72 76 – Email: kontakt@buergergesprach.ch

Wir haben keine Grosssponsoren.  
Für jede Spende sind wir dankbar.